

Bezugpreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Foto: Dirk Reitze
7. Ausgabe 2010 36. Jahrgang kostenlos

BERLINER RUNDSCHAU

Klaus Wowereit am 8. November zu den Menschen auf der Montagsdemo gegen die Flugrouten über Berlin
„Wenn Sie nicht wollen, kann ich auch nach Hause gehen.“



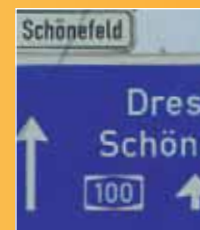
Den Hofstaat des Sonnenkönigs Ludwig XIV. malte Charles Le Brun 1660; ein Portrait des Sonnenkönigs von Rigaud (1701) zierte bereits die Sonderausgabe der BR im Januar 2009 (Bild links)



CDU-Chef Frank Henkel

Keine Lärmrouten über Berlin

Seite 3



Das Volk befragen

Eine Chance für den Ausbau der A100

Seite 4

UNVERGESSLICH - GRÜNE VIDEOHÄPPCHEN



„Gegen diese Transporte [Castor] sollten Grüne in KEINER Form – sitzend, stehend, singend, tanzend – demonstrieren.“

Jürgen Trittin (Bündnis 90/Die Grünen), damaliger Bundesumweltminister, 2001
YouTube-Suche: „Die Grüne Glaubwürdigkeit bei Stuttgart 21“

Doch im November 2010 demonstriert die Grünen-Spitze u.a. mit Sitzblockaden in Gorleben. Ein Reporter fragt Cem Özdemir, Bundesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen:

„Aber was machen Sie denn hier? Sie wissen doch, dass Herr Trittin vor ein paar Jahren noch gesagt hat, die Grünen sollten nicht gegen den Castor demonstrieren. [...] Ist Ihnen das egal, was Jürgen Trittin sagt?“

Cem Özdemir (isst): „Sie sollten auch mal probieren, schmeckt echt gut.“

Reporter: „Können die Grünen denn nur Opposition und nicht regieren? [...]“

Cem Özdemir (isst weiter): „Sie sollten echt mal probieren.“



YouTube-Suche: „Cem Özdemir in Gorleben“

„Türkei ist für mich zweite Heimat. Ich mache seit 20 Jahren Türkei-Politik. Das ist viele Jahre! Und ich liebe die Menschen in der Türkei und ich liebe die Konflikte in der Türkei – es gibt immer wieder Probleme, immer wieder Konflikte. Mir gefällt in der Türkei Sonne, Mond und Sterne, mir gefällt Wasser und Wind. [...] Die Türkei ist meine Freundin [...]“

Claudia Roth, Bundesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen • YouTube-Suche: „Politiker erklären die Welt: Claudia Roth und die Türkei“



„Kiffen [...] in meinem Leben hat das auch stattgefunden, bis ich dann irgendwann dachte, soviel Zeit hab' ich gar nicht. [...] Man ist ganz entspannt im Hier und Jetzt, aber ich hab' das Gefühl gehabt irgendwann, mit zu viel Kiffen verlier' ich auch Zeit, da bin ich nicht konzentriert auf Dinge, die ich machen möchte [...] Auf jeden Fall ist eines sehr wichtig, dass man es entkriminalisiert.“

Renate Künast, Vorsitzende der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, 2009
YouTube-Suche: „Sido geht wählen – Sido trifft Renate Künast“

„Mal ganz ehrlich: Ich lüge nie!“

Renate Künast, Vorsitzende der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, 2009

YouTube-Suche: „Renate Künast über die Frage, ob Politiker lügen“



Henkel: Keine Lärmrouten über Berlin

Die neuen Vorschläge für die BBI-Flugrouten verunsichern seit Wochen die Berlinerinnen und Berliner. Entgegen der jahrelang öffentlich diskutierten Planungen soll nun auch das Berliner Stadtgebiet - vor allem im Süden - massiv von Fluglärm betroffen werden. Viele Anwohner, die einen enormen Verlust an Lebensqualität befürchten, haben sich zu Bürgerinitiativen zusammengeschlossen. Im Zentrum der Kritik: der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit, der den Bürgerprotest anfangs mit den Worten abkanzelte, es würden immer auch Flugzeuge über die Stadt fliegen.

CDU-Landeschef Frank Henkel erklärte, die zusätzliche Belastung durch die neuen Pläne seien nicht im Interesse der Berlinerinnen und Berliner. „Es wäre ein denkbar schlechtes Geschäft, alle innerstädtischen Flughäfen zu verlieren und gleichzeitig neuen Belastungen ausgesetzt zu sein. Wir lehnen diese Pläne ab.“

Dreistigkeit dazu, sich aus einer solchen Position zum Bürgeranwalt aufschwingen zu wollen.“

Im Vorfeld einer Anti-Flugrouten-Demonstration in Tempelhof-Schöneberg, auf der auch Wowereit angekündigt war, hatte Henkel prophezeit: „Ich gehe davon aus, dass die betroffenen Bürger bei ihren Protesten deutlich machen werden, was sie von dieser Doppelzüngigkeit halten.“ Und in der Tat: Wowereit wurde mit Buhrufen und Pfiffen empfangen, was der Regierende Bürgermeister mit der Äußerung quittierte: „Wenn ihr nicht wollt, dann kann ich auch nach Hause gehen.“ Wowereit habe die Bürgerwut gnadenlos unterschätzt, so Henkel.



lichen Planungen festgelegt werden. Das Verfahren müsse dabei offen, transparent und bürgernah sein, so Henkel.

Auch einen Ausgleichsfonds für betroffene Grundstücksbesitzer, der sich am erfolgreichen CASA-Programm der Fraport AG des Frankfurter Flughafens orientiert, wurde von der CDU-Fraktion ins Spiel gebracht. Henkel: „Die Menschen pochen zu Recht auf Verlässlichkeit und Vertrauensschutz bei den Planungen zum neuen Großflughafen in Schönefeld. Wowereit sollte diesen Anspruch weder unterschätzen noch ignorieren.“



Bildschirmfoto der Seite der Deutschen Flugsicherung, auf der An- und Abflüge in Echtzeit verfolgt werden können (in Rot: überlagerte Grafik der aktuell diskutierten Flugrouten, Grafik BR)

Henkel kritisierte dabei vor allem die Rolle des Regierenden Bürgermeisters, der nach wochenlanger Verzögerung mittlerweile auf den Protestzug aufspringen will: „Dieses Verhalten ist heuchlerisch. Als Aufsichtsratschef hat Wowereit stets knallhart die Interessen der Flughafengesellschaft vertreten und den derzeitigen Lärmrouten-Skandal mitverantwortet. Es gehört schon eine gehörige Portion

Unterdessen hat die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus einen Sechspunkte-Katalog vorgelegt. Henkel: „Was wir jetzt brauchen, sind bürgerfreundliche Flugrouten und bessere Lärmschutzmaßnahmen.“ So fordert die CDU-Fraktion den Senat unter anderem auf, darauf hinzuwirken, dass die Flugrouten so schnell wie möglich auf Grundlage der ursprüng-

lichen Planungen festgelegt werden. Das Verfahren müsse dabei offen, transparent und bürgernah sein, so Henkel.

Immerhin hat Wowereit Mitte November endlich Fehler eingestanden und eingeräumt, über die Flugrouten nicht ausreichend berichtet zu haben. Henkel: „Das zeigt, dass unsere Kritik und der lautstarke Protest der vielen Bürgerinitiativen nicht umsonst waren.“



Die CDU an der Seite der Bürger. Der Bundestagsabgeordnete Dr. Jan-Marco Luczak, der selbst Lichtenrader ist, erinnerte Wowereit anlässlich der Montagsdemonstrationen an seine Verantwortung: „Die Rechtssicherheit - der Vertrauensschutz - ist nicht nur wesentliches Prinzip des Rechtsstaates, sondern ist auch für die Glaubwürdigkeit von Politik entscheidend.“ (Foto: Thomas Moser, Berli-Press)



KRÖMER KONTERT

DAFÜR, DAGEGEN ODER BEIDES

Fast ein Jahrzehnt lang hat sich Wirtschaftssenator Harald Wolf von der Linken davor gedrückt. Jetzt hat ihn das erfolgreiche Volksbegehren „Schluss mit Geheimverträgen – Wir Berliner wollen unser Wasser zurück“ gezwungen, die Verträge und alle Zusatzvereinbarungen offen zu legen. Das hatte der rote Senat vorher strikt abgelehnt. Doch nun war der Herr Senator schon immer dafür. So wie Klaus Wowereit gegen die BBI-Flugrouten demonstriert, obwohl er selbst BBI-Aufsichtsratschef ist. Oder die SPD mal für den Weiterbau der Stadtautobahn A 100 ist, dann dagegen und im Moment wieder dafür. Der rot-rote Senat nennt seine Herumhamperei „offen“ und „transparent“. Die Berliner finden das albern und buhen den Regierenden aus.

Berlin weiß endlich, warum das Wasser hier teurer ist als im Rest der Republik. Ändern wird das nichts. Die bestehenden Wasserverträge können nur mit Zustimmung der privaten Eigentümer geändert werden. Der SPD-Fraktionschef träumt unterdessen davon, die Wasserbetriebe zurückzukaufen und die überhöhten Wasserpreise dann trotzdem nicht zu senken – schließlich sollen die Gewinne ja den Kaufpreis bezahlen.

400 Millionen will der Bund für den Ausbau der A 100 geben. Die Linke will das nicht. Die SPD kann sich keine richtige Meinung bilden. Die Grünen sind dagegen. Einig sind sich Rot-Rot-Grün aber, dass man dazu nicht das Volk befragen soll, wie es die CDU vorgeschlagen hat.

Was ist das für ein Hin und Her mit der A 100: Erst sind SPD und LINKE dafür und vereinbaren den Weiterbau in ihrem Koalitionsvertrag, dann ist die SPD plötzlich dagegen, die LINKE plötzlich auch, dann ist die SPD wieder dafür und schließlich gibt es einen faulen Kompromiss – zwar darf für 1,7 Millionen Euro schön weiter geplant werden, gebaut werden darf aber nicht. Die endgültige Entscheidung soll lieber die nächste Landesregierung treffen.

„Rot-Rot blockiert, be- und verhindert damit wieder einmal nicht nur ein Großprojekt, sondern Berlins Zukunft“, kritisiert der Landes- und Fraktionsvorsitzende der Berliner CDU, Frank Henkel. Der Ausbau der A 100 sei zur Anbindung der Wohn- und Wirtschaftsquartiere im Süden und Osten der Stadt, aber auch für die Entlastung der Wohnviertel vom Durchgangsverkehr mit täglich 600.000 Fahrzeugen notwendig, so der CDU-Chef. Zudem fürchtet Henkel um die 400 Millionen Euro Bundeszuschüsse für den Weiterbau der Autobahn, die in andere Bundesländer fließen könnten, sollten sich SPD und LINKE nicht bald einig werden. Wieder einmal würde Berlin leer ausgehen. Angesichts

der Tragweite des A 100 – Projekts und des Unvermögens des rot-roten Senats, in dieser Frage eine eindeutige Position zu beziehen, hat die Berliner CDU vorgeschlagen, eine Volksbefragung durchzuführen. „Im Moment erleben wir eine Situation, in der Menschen deutlich machen, dass sie auch jenseits der Wahlen alle vier oder fünf Jahre mitentscheiden wollen“, so Henkel, „dem muss die Politik Rechnung tragen“. Die Abstimmung soll zeitgleich mit der Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 18. September 2011 stattfinden, um Kosten zu

AUSGEBREMST: GRÜNE WOLLEN TEMPO 30 FÜR GANZ BERLIN

Der Widerstand gegen den Weiterbau der A 100 ist noch lange nicht das letzte Kapitel in der „Anti-Auto“-Kampagne der Grünen. Wenn es nach dem Willen der Grünen-Spitzenkandidatin Renate Künast geht, soll bald überall in Berlin Tempo 30 statt wie bisher 50 als Grundgeschwindigkeit gelten. Nur auf Strecken, auf denen es durch ein entsprechendes Verkehrsschild ausdrücklich erlaubt ist, darf dann schneller als 30 km pro Stunde gefahren werden. Der Landes- und Fraktionsvorsitzende der Berliner CDU, Frank Henkel, kritisierte Künasts Pläne für flächendeckende Tempo-30-Zonen als „völlig realitätsfremd“. Auch der ADAC hält den Vorschlag „nicht für sinnvoll“.



sparen. Auf Widerstand stößt dieser Vorschlag jedoch nicht nur erwartungsgemäß bei SPD und LINKE, sondern auch bei den Grünen – Volkes Meinung interessiert offenbar keine der drei Parteien. Diese Haltung hat der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Andreas Gram, nicht erwartet: „Diejenigen, die sonst an allen Ecken und Enden nach mehr demokratischen Prozessen schreien, sind plötzlich die Ersten, die dagegen sind“.

INFO-
COUPON

Name, Vorname

Straße, Hausnummer, PLZ

Telefon

eMail

Ja, ich interessiere mich für die Arbeit der CDU Berlin: Senden Sie mir Informationsmaterial zu!

Ja, ich möchte Mitglied der CDU werden: Nehmen Sie Kontakt mit mir auf.

CDU Berlin • Kleiststraße 23-26 • 10787 Berlin
Tel.: 030.32 6904-0 • Fax: 030.32 6904-44 • cduberlin@cduberlin.de

Mitmachen.

CDU